

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 28

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 5.12.2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

dies waren die Arbeitsschwerpunkte der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Fraktion DIE LINKE im November und Anfang Dezember:

Weltwirtschaftskrise und Entwicklungsfinanzierung (ab S. 2):

- Rede von Hüseyin Aydin (26.11.2008): Kohärenz in der Entwicklungs- und Handelspolitik zur Unterstützung der Armen und Ärmsten – anstatt Milliarden für die Banken
- Kommentar von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt (17.10.2008): Von Gewinnern und Verlierern
- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (28.11.2008): Doha: Kapitalflucht stoppen – Handel fair gestalten
- Interview der Jungen Welt mit Hüseyin Aydin (29.11.2008): Die nationalen Märkte müssen gestärkt werden
- Presseerklärung von Heike Hänsel und Ulla Lötzer (2.12.2008): Endlich kommen die Betroffenen mit an den Tisch
- Interview des Neuen Deutschland mit Heike Hänsel (4.12.2008): Erfolg oder Minimalkonsens?

Die deutsche und europäische Lateinamerikapolitik (ab S. 10):

- Dokumentation (5.11.2008): Silvia Lazarte im Gespräch mit Heike Hänsel: Wir können die Männer nicht alleine kämpfen lassen
- Schriftliche Fragen von Heike Hänsel: Assoziierungsverhandlungen EU-Andengemeinschaft
- Schriftliche Fragen von Heike Hänsel: Menschenrechtssituation in Kolumbien

Der gewaltsame Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo (ab S. 16):

- Vortrag von Hüseyin Aydin (27.11.2008): Der Krieg in Ostkongo und Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung
- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (20.11.2008): Politische Initiativen müssen verstärkt werden, um ein Ende der Gewalt im Kongo zu erreichen
- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (30.10.2008): Entsendung von EU-Truppen würde Lage im Kongo weiter destabilisieren

Kohärenz in der Entwicklungs- und Handelspolitik zur Unterstützung der Armen und Ärmsten – anstatt Milliarden für die Banken

Die ODA-Quote bleibt auch in diesem Jahr bei 0,37 Prozent. Dabei stehen Gelder zur Verfügung, wie die Höhe der Bürgschaften zur Rettung der Banken zeigt. Mit dem Rettungspaket Englands, Frankreichs und Deutschlands könnte 57 Jahre lang der Hunger der Welt beseitigt werden. Die Ausgaben für militärische Auslandseinsätze steigen. Jahrelange verfehlte Agrar- und Handelspolitik vernichten lokale Märkte. Die Länder des Südens verlieren pro Jahr mindestens 383 Milliarden Euro durch Kapitalflucht und Steueroasen. DIE LINKE fordert eine radikale Umstellung der Agrarpolitik und eine kohärente Entwicklungspolitik, deren Bemühungen nicht durch die Handelspolitik zunichte gemacht wird.

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Der Etat des Entwicklungsministeriums soll im Jahr 2009 gegenüber dem letzten Jahr um 12 Prozent steigen. Allerdings bleibt es bei einer ODA-Quote von 0,37 Prozent. Damit wird nicht, wie von Frau Merkel in Heiligendamm vollmundig versprochen, die Anhebung der Entwicklungshilfe bis zum Jahre 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erfolgen. Das wurde verkündet, aber nicht eingehalten. Das zeigt, wie wichtig bzw. – genau genommen – unwichtig Ihnen die Entwicklungshilfe ist.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Blödsinn!)

Sie könnten, wenn Sie wollten. Das zeigt die Höhe der Bürgschaften zur Rettung der Banken. Derzeit hungern 932 Millionen Menschen auf der Welt. 23 Milliarden Euro pro Jahr wären nötig, um dieses Problem zu lösen, sagte Jacques Diouf, der Generaldirektor der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft. Das Rettungspaket der Regierungen Deutschlands, Englands und Frankreichs hat ein Volumen von 1 330 Milliarden Euro. 1,7 Prozent des Aufkommens aus dem Rettungspaket dieser drei Länder würden ausreichen, um den Hunger in der Welt zu beseitigen. Anders ausgedrückt: Mit der Bürgschaft für die Banken, die Milliarden Euro verzockt haben, könnten 57 Jahre lang der Hunger beseitigt, eine Grundbildung für alle gesichert und die sozialen Sicherungssysteme aufgebaut werden.

Südlich der Sahara sterben jeden Tag 14 000 Kinder an Unterernährung und Durchfall. Das sagt der aktuelle UNICEF-Bericht. Wer soll der Bundesregierung eigentlich noch glauben, dass Armutsminderung und Erreichung der Millenniumsziele eine Priorität der deutschen Außenpolitik sind? Aber: Dafür steigen die Ausgaben für militärische Auslandseinsätze. Allein für die ISAF hat der Steuerzahler bis heute 2,7 Milliarden Euro ausgegeben. Mit der Erhöhung des deutschen Kontingents von 3 500 auf 4 500 Soldaten werden die Kosten in den kommenden Jahren noch einmal deutlich steigen. Aber für die Entwicklungspolitik und den zivilen Aufbau hat die Regierung im Jahr 2008 nur 170 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In diesem Winter werden wieder 70 Prozent der afghanischen Bevölkerung hungern. „Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben“, sagte Willy Brandt bereits im Jahre 1980. Solange in Afghanistan Krieg herrscht, wird es keine dauerhafte stabile Entwicklung und damit auch keine Befriedung der Menschen geben. Nach wie vor lebt die sogenannte Erste Welt auf Kosten der

Entwicklungsländer.

(Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU]: Oh Mann!)

Dort haben sich zu Beginn des Jahres 2008 die Preise für die lebensnotwendigen Grundnahrungsmittel wie Reis und Mais in nur drei Monaten bis zum Vierfachen erhöht. Am 9. November 2006 – relativ zu Beginn der Großen Koalition – sagte die Ministerin: Wir wollen Lösungen mit dem Markt, nicht gegen den Markt, mit den Menschen in den betroffenen Ländern, nicht gegen diese Menschen.

Die Menschen in den ärmsten afrikanischen Ländern können Ihnen kein Wort glauben, Frau Ministerin. Sie sehen, dass das Elend zu- statt abnimmt, und das ist skandalös. Die Ursachen der Ernährungskrise sind schon lange bekannt. Sie ist auf jahrelang versäumte Agrar- und Handelspolitik zurückzuführen. Mit den Abschlüssen der EPAs sind Afrikas lokale Märkte weiter bedroht. Die Industriestaaten subventionieren ihre Landwirtschaft mit jährlich rund 268 Milliarden Euro; das ist rund viermal so viel, wie sie für Entwicklungshilfe ausgeben. Für ein europäisches Rind werden 2,50 Euro pro Tag an Subventionen ausgegeben. Das tägliche Einkommen der meisten afrikanischen Männer und Frauen liegt unter 1 Euro. Lokales Geflügel ist in Kamerun fast 1 Euro teurer als das europäische Dumpinghuhn. Weil Europäer nur Hähnchenbrust kaufen, werden die Überreste an afrikanische Importeure verscherbelt. Die Subsahara-Länder werden mit französischem Billiggeflügel zugeschüttet, sodass die eigene Geflügelproduktion nicht mithalten kann. Dadurch sind allein im Jahr 2004 120 000 Jobs verloren gegangen.

Die neoliberale Politik von Rot-Grün, aber auch von Schwarz-Rot hat die risikoreichen Hedgefonds immer noch nicht verboten. Als eine der ersten parlamentarischen Initiativen im November 2005 hat die Linke den Antrag gestellt, die Hedgefondszulassung zurückzunehmen. Die Koalitionsparteien lehnten den Antrag mit dem Hinweis ab, bei richtiger Regulierung könnten diese Fonds die Finanzmärkte stabilisieren. Das war eine folgenschwere Fehleinschätzung, wie sich heute zeigt. Die Rede der FDP von den „positiven Effekten“ der Hedgefonds wirkt heute zynisch und realitätsfern. Sehen Sie sich die Nahrungsmittelpreise an, die Millionen von Menschen in den Hunger getrieben haben!

Die Länder des Südens verlieren nach groben Schätzungen pro Jahr mindestens 383 Milliarden Euro durch Kapitalflucht und Steueroasen. Das ist ein Vielfaches der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten im Jahr 2007. Auch die Asiatische Entwicklungsbank beteiligt sich an mehr als 40 Private-Equity-Fonds, zum Teil mit Sitz auf den Cayman-Inseln. Dies geschieht mit deutscher Beteiligung. Im Mai dieses Jahres forderte die Linke einen sofortigen Stopp der Beteiligung von ADB-Geldern an Offshorefonds. Wir fordern: Alle intransparenten Fonds auf den Cayman-Inseln müssen sofort geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kontrolle des Finanzmarktes ist das A und O. „Deutschland als verantwortungsbewusster Partner in Europa und der Welt“, so steht es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, und die hat hier aus meiner Sicht versagt. Die Realität zeigt ein klares Bild.

In unseren Haushaltsanträgen fordern wir eine nachhaltige Veränderung der Prioritäten der Entwicklungspolitik:

Erstens. Die bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit soll mit mindestens 30 Prozent für soziale Sicherungssysteme, für eine Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit und für die Grundbildung der Partnerstaaten gebunden werden. Die Sicherstellung einer obligatorischen, gebührenfreien und qualitativ guten Grundbildung für alle Kinder bis 2015 ist ein weiteres erklärtes Millenniumsziel und damit auch Ihr Ziel. Fakt ist jedoch: Der deutsche Beitrag zur Grundbildung stagniert bei 120 Millionen Euro. All dies haben wir übrigens auch in unserem Antrag „Entwicklung braucht Bildung – Den deutschen Beitrag erhöhen“ deutlich dargelegt.

Zweitens. Die Mittel für die bilaterale Technische Zusammenarbeit sollen zu mindestens 30 Prozent für ländliche Entwicklung gebunden werden. Die Nahrungsmittelkrise der letzten Monate hat gezeigt, wie notwendig eine radikale Wende in der Agrarpolitik ist. Im Mittelpunkt müssen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und angepasste Technologien stehen.

Drittens fordern wir mehr finanzielle Mittel für die Agrarforschung. Insbesondere Forschungen für angepasste Technologien und der Einsatz erneuerbarer Energien in der Landwirtschaft sind notwendig. Auch die Förderung der Nutzung von indigenem Wissen ist entscheidend. Daher fordern wir die Aufstockung der internationalen Agrarforschung auf 25 Millionen Euro. Dabei sollen mindestens 50 Prozent der Mittel für die Unterstützung der Agrarforschung in afrikanischen Staaten gebunden werden.

Die Linke will die lokalen Märkte vor allem in den afrikanischen Ländern stärken und die Ernährungssouveränität sicherstellen. Die ODA-Quote muss langfristig real steigen; das ist unbestritten.

Die Linke hat Vorschläge für alternative Finanzquellen wie Flugticketsteuer und internationale Devisensteuer gemacht, um zusätzliche Mittel für Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellen zu können. Die FDP lehnte unseren Antrag auf eine Flugticketsteuer 2006 mit dem Hinweis auf „einen Mangel an sinnvollen Projekten“ ab. Behaupten Sie das heute immer noch angesichts der katastrophalen Ernährungssituation in der Welt? Die SPD wollte im Jahr 2007 eine Erhöhung der ODA-Quote auch ohne zusätzliche Finanzmittel erreichen. Auch das hat wohl nicht funktioniert, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Die CDU/CSU wiederum konstatierte, die Flugticketsteuer in Frankreich gehe nicht weit genug und sei daher auf Deutschland nicht anwendbar. Ein weiter gehender Vorschlag der CDU/CSU liegt heute immer noch nicht vor.

Wenn Sie zukunftsfähiges Denken bewiesen hätten, wäre die Situation heute weniger fatal – für die Menschen hier und in den armen Ländern. Entwicklungspolitik ist für die Linke Friedenspolitik, die sich auf Konfliktprävention, die Achtung des Völkerrechts und die Einhaltung der Menschenrechte stützt.

In einem Punkt möchte ich der Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul beipflichten. Sie hat in einem Interview mit der taz im Jahr 2005 gesagt: „Aber die Strukturen des Welthandels machen die Bemühungen oft zunichte. Man muss zum Beispiel endlich den Agrarexportsubventionen ein Ende machen. Da hat sich die CDU/CSU immer gedrückt.“ Die SPD leider auch, Frau Ministerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Von Gewinnern und Verlierern

Abgeordnetenspalte von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt

Die Finanzkrise ist derzeit das dominierende Thema. Dabei bleiben aber viele Lösungsvorschläge knallharter Interessenspolitik unterworfen. Wer sind die Gewinner und Verlierer? Der gestrige Welternährungstag hat die Zahl von fast einer Milliarde Hungernden kurzfristig ins Bewusstsein gerufen. Diese Zahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, parallel zu den Milliardenengeschäften an den Börsen.

Die Mehrheit der Menschen weltweit hat jahrzehntelang den Preis für einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus bezahlt – durch stetige Verschlechterung nicht Verbesserung ihrer Lebensbedingungen! Massiver Sozialabbau, sinkende Löhne, Renten, Hartz IV bei uns; Verschärfung von Armut, Umweltzerstörung, Spekulation mit Nahrungsmitteln, Anheizen von kriegerischen Konflikten in den Ländern des Südens. Profiteure sind große Investmentfirmen, Großkonzerne und Banken. Freihandel, Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und kapitalfreundliche Steuerpolitik sind die andere Seite der globalen Finanzmärkte.

Massive Propagandakampagnen dafür finanzierten bei uns zum Beispiel die Initiative für neue soziale Marktwirtschaft, der BDI, die Bertelsmann-Stiftung und viele andere. Vieles von dem, was Die Linke bereits seit langem gefordert hat und stets als „populistisch“ abgetan wurde, zum Beispiel Begrenzung der Managergehälter, Verbot von Hedge-Fonds, strenge Regulierung der Finanzmärkte, wird jetzt plötzlich von Regierungen gefordert. Die Leidtragenden jedoch werden nun doppelt betrogen: Das dringend benötigte Geld zur Bekämpfung von Armut und Umweltproblemen, für eine gerechte Sozialpolitik, wird nun auch noch von den Verursachern auf lange Zeit hin gebunden zu ihrer eigenen „Rettung“. Auch eine mögliche Rezession wird in erster Linie Zeitarbeiter/innen und Arbeitnehmer/innen, mittelständische Betriebe und Rentner/innen treffen.

Wo bleibt da ein Rettungspaket? Dieser Gefahr trägt das 500-Milliarden-Paket der Bundesregierung keinerlei Rechnung. Wir brauchen dringend einen grundlegenden Systemwechsel in den globalen Wirtschaftsstrukturen, weg von Profitmaximierung hin zu einer gerechten und ökologischen Weltwirtschaftsordnung, die erstritten werden muss von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und nicht länger elitären Clubs wie den G 8 überlassen bleiben darf. Dabei darf auch die Frage der Verstaatlichung von Banken (auch der profitablen!) kein Tabu mehr sein.

Doha: Kapitalflucht stoppen – Handel fair gestalten

„Die Steueroasen, über die jährlich nach Schätzungen 383 Milliarden Euro halb- und illegal aus dem Süden in den Norden fließen, müssen ausgetrocknet werden. Diese massive Kapitalflucht entzieht den Entwicklungsländern dringend benötigtes Geld“, so Hüseyin Aydin anlässlich der morgen beginnenden zweiten Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha. Der Obmann für DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weiter:

„Die Zusagen der Industrieländer zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, die sie 2002 in Monterrey bekräftigt hatten, müssen eingehalten werden. Es ist an der Zeit, endlich Prioritäten zu setzen. Es müssen klare, verbindliche Zusagen getroffen und neue Finanzierungsinstrumente entwickelt werden. Doch geht es um mehr als die 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die Subventionen und das Dumping von Agrarprodukten hemmen die Entfaltung eines leistungsfähigen landwirtschaftlichen Sektors in Entwicklungsländern. Ernährungssouveränität ist jedoch eine entscheidende Voraussetzung für soziale Entwicklung. Weiterhin gilt die Handelsliberalisierung als ein Allheilmittel für sozialen Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand. Hier ist eine radikale Wende unausweichlich. Die Länder des Südens müssen selbst über einen adäquaten Schutz für ihre Märkte entscheiden können.

Auch die Regierungen der Entwicklungsländer sind in der Pflicht. Die Erträge aus dem Wirtschaftswachstum, das beispielsweise Afrika in den vergangenen Jahren erfuhr, müssen vorrangig zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Unsicherheit eingesetzt werden. Wir können dazu beitragen, indem wir jene stärken, die nicht die Partikularinteressen einer kleinen Elite vertreten, sondern die legitimen Forderungen der Bevölkerungsmehrheit, an der der wirtschaftliche Aufschwung nach wie vor vorbeigeht. Unabhängige Gewerkschafter, Produzentenorganisationen, Frauen- und Jugendinitiativen sowie Menschenrechtsgruppen sind für unsere Partei wichtige Bündnispartner.“

Interview, 29.11.2008

»Die nationalen Märkte müssen gestärkt werden«

In Doha beginnt eine internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Ein Gespräch mit Hüseyin Aydin

Interview der Zeitung Junge Welt, Fragen: Wolfgang Pomrehn

In Doha, am Persischen Golf, beginnt an diesem Wochenende eine internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Ist Entwicklungshilfe eigentlich noch zeitgemäß?

Entwicklungshilfe ist immer noch notwendig, aber sie wird oft konterkariert. Subventionierte Exporte der Industriestaaten und die Liberalisierung des Welthandels verhindern in vielen Entwicklungsländern, daß sich lokale und nationale Märkte entwickeln können. Schwache einheimische Industrie wird durch die Konkurrenz aus dem Norden erdrückt. Die EU fördert diesen zerstörerischen Prozeß der Marktöffnung in den Entwicklungsländern durch ihre sogenannten Partnerschaftsabkommen.

Ein anderer Punkt ist die Entwicklung an den Finanzmärkten, von der die Entwicklungsländer besonders hart betroffen sind. Wir brauchen mehr Regulierung. Auf der einen Seite nimmt auch in ärmeren Ländern die Zahl der Millionäre zu, die ihr Vermögen nicht zu Hause, sondern in Steueroasen anlegen. Die müssen geschlossen werden. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der Hungernden; inzwischen ist sie bei einer Milliarde Menschen angelangt. Laut UNESCO sterben südlich der Sahara täglich 14000 Kinder an den Folgen von Unterernährung.

Insgesamt brauchen wir eine andere, kohärente Handels- und Entwicklungspolitik, die tatsächlich zur wirtschaftlichen Entwicklung führt und nicht eine bloße Exportförderung für die Industriestaaten darstellt.

Wie müßten Regeln für die internationalen Finanzmärkte aussehen?

Natürlich müssen wir bei uns anfangen. Wir brauchen zum Beispiel eine Aufsicht, die die Banken und Finanzmärkte nicht nur kontrolliert, sondern bei faulen Geschäften auch eingreifen und Sanktionen verhängen kann. Auf der internationalen Ebene müssen erstens die Hedgefonds verboten werden. Zweitens kann es nicht sein, daß zum Beispiel die Asiatische Entwicklungsbank, an der auch Deutschland beteiligt ist, auf den Caymaninseln, einem Steuerparadies unter britischer Oberhoheit, über 40 Fonds mitfinanziert, die sich der Kontrolle und den internationalen Standards zum Beispiel der Internationalen Arbeitsorganisation ILO weitgehend entziehen. Diese Steuerparadiese müssen ausgetrocknet werden. Außerdem müssen die Regeln von einem internationalen Gerichtshof überwacht werden, der auch etwaige Verstöße ahnden kann.

ATTAC und andere fordern seit längerem die Einführung der sogenannten Tobinsteuer auf Finanz- und Devisentransaktionen, sowie den Transfer dieses Steuereinkommens in die Entwicklungsländer.

Ich unterstützte diese Forderung, aber gleichzeitig muß sich die Handelspolitik ändern. Wenn es bei der derzeitigen Liberalisierung bleibt, wenn es weiter Agrarsubventionen gibt, die die Märkte im Süden zerstören, wenn weiter die Nationalstaaten in Afrika oder Asien aufgrund des Drucks der reichen Staaten ihre Zölle senken oder gar abschaffen müssen, dann wird auch die Tobinsteuer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben. Es muß in den Entwicklungsländern eine Umkehr hin zur Stärkung der nationalen Märkte, zur Förderung der lokalen Landwirtschaft, heimischer Banken, sozialer Sicherungssysteme und ähnlichem geben. Wir brauchen wieder eine Debatte über eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Der extrem hohe hiesige Handelsbilanzüberschuß trägt maßgeblich zur Schieflage der Weltwirtschaft bei. Ist es nicht langsam Zeit, die deutsche Wirtschaft radikal umzubauen?

Wir haben diese Woche in den Haushaltsberatungen im Bundestag die Ausrichtung auf die Exportwirtschaft klar kritisiert. Löhne, Gehälter und Sozialleistungen müssen gestärkt werden, um den Binnenmarkt anzukurbeln.

Das heißt, keine Hilfen für Opel? Keine Steuergeschenke für die Automobilindustrie, die immerhin für 20 Prozent der deutschen Exporte verantwortlich ist?

Wir brauchen ein Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro, die in Infrastruktur, in Bildung, in Forschung und öffentliche Finanzierung von Beschäftigung gesteckt werden. Ich denke, man kann Opel staatlich unterstützen, allerdings muß sichergestellt werden, daß das hier erwirtschaftete Geld nicht nach Detroit fließt. Wenn staatliche Unterstützung, dann muß der Staat auch mitreden können und an zukünftigen Gewinnen beteiligt werden.

Endlich kommen die Betroffenen mit an den Tisch

„DIE LINKE begrüßt, dass sich die UN in Doha das Mandat zur Regulierung der globalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur zurückgeholt hat und damit gegenüber selbsternannten Weltregierungen wie der G8 und der G20 in die Offensive gegangen ist“, kommentiert Ulla Lötzer, die auf der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Doha getroffene Einigung, noch vor dem G20- Folgetreffen am 2. April eine UN-Konferenz einzuberufen. Die globalisierungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Wir erwarten, dass jetzt nach dem enttäuschenden G20-Gipfel in Washington wichtige Themen zur Regulierung der Weltwirtschaft auf den Tisch kommen: Von Stützungsmaßnahmen gegen die Weltwirtschaftskrise bis hin zur Abkehr von der schädlichen Exportorientierung und der Spekulation mit Währungen, Nahrungsmittel und Rohstoffen.“

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau der Fraktion im Unterausschuss Vereinte Nationen, ergänzt: „Die Entwicklungsländer zahlen seit Jahrzehnten den Preis für ein entwicklungsfeindliches Wirtschafts- und Finanzsystem und sind auch nun die Hauptleidtragenden der von den Industrienationen zu verantwortenden Weltwirtschaftskrise. Dort wächst die Armut und die Zahl der Hungernden steigt. Mit dem Entschluss von Doha für eine UN-Konferenz kommen die Betroffenen endlich mit an den Verhandlungstisch, wenn es um die Ausgestaltung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems und damit um ihre Entwicklungschancen geht. Wir hoffen, das ist der Anfang vom Ende informeller Weltregierungen wie G8 und G20.“

Interview, 4.12.2008

Erfolg oder Minimalkonsens?

Heike Hänsel über die Ergebnisse der UN-Entwicklungskonferenz in Doha / Die 42-jährige Bundestagsabgeordnete ist entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion

Interview des Neuen Deutschland, Fragen: Patrick Widera

ND: Wie beurteilen Sie die erzielten Ergebnisse der UN-Konferenz zur Finanzierung für Entwicklung in Doha?

Hänsel: Die Konferenz insgesamt war sehr widersprüchlich, da es nicht gelungen ist, von den Industrienationen konkrete Aussagen über die Aufstockung der Entwicklungsfinanzierung in den nächsten Jahrzehnten zu erhalten. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist aber, dass die Vereinten Nationen bei der Entscheidung über eine Neugestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems jetzt viel stärker ins Spiel kommen wird. Das ist eine Forderung, die die Partei DIE LINKE und viele NGO seit Jahren gestellt haben und deren Durchsetzung ein wichtiger Erfolg dieser Konferenz ist.

Welche Ziele konnten in Doha nicht durchgesetzt werden?

Wichtige Fragen, wie die Implementierung neuer Finanzierungsinstrumente in der Entwicklungspolitik oder die Einführung einer Devisensteuer wurden nur vage angesprochen oder gar nicht erst behandelt. Auch über die Verschuldung von Entwicklungsländern wurde nur wenig gesprochen, obwohl durch die Finanzkrise eine neue Verschuldungswelle droht. Grundsätzlich fehlte bei den Verhandlungen eine umfassende Kritik an dem nicht eingehaltenen Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des weltweiten Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe bereit zu stellen. Die Bundesregierung wird Schwierigkeiten haben, allein bis 2010 das Ziel von 0,56 Prozent des BIP zu erreichen, da sie in den vergangenen Jahren die Entwicklungshilfe um mehrere Milliarden gekürzt hat. Auch wenn jetzt in Doha das Ziel für 2015 nochmals bestätigt wurde, ist es unseriös, wenn die konkreten Zusagen sowohl vage bleiben, als auch die Umsetzung dann nicht eingehalten wird.

Was erwarten Sie von der UN-Weltkonferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Frühjahr 2009?

Bedeutend wäre, wenn sich der Charakter der Konferenz grundlegend verändert. Denn nicht nur die Regierungen sollten sich in breiter Form an der Konferenz beteiligen, sondern auch NGO und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen umfassend in die Beratungen und Entscheidungen mit einbezogen werden. Entscheidend wird aber sein, dass eine grundsätzliche und kritische Bilanz über die Folgen der neoliberalen Theorien und Konzepte für das globale Finanzsystem und das Welthandelssystem gezogen wird. Denn die Länder des Südens haben unter der neoliberalen Agenda in den letzten Jahrzehnten einen hohen Preis für die Folgen eines entwicklungsfeindlichen Finanz- und Welthandelssystems zahlen müssen. Das Recht der Länder des Südens auf gerechte Entwicklung wird nicht erst durch die aktuelle Finanzkrise in Frage gestellt. Doch auch jetzt sind sie die Hauptleidtragenden der von den Industrienationen zu verantwortenden Weltwirtschaftskrise

Welche Rolle müssen die Entwicklungsländer bei dieser Konferenz spielen?

Wichtig ist, dass die Entwicklungsländer eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Positionen finden. Natürlich gibt es sehr unterschiedliche Interessen zwischen den Schwellenländern einerseits und den am wenigsten entwickelten Ländern andererseits. Dennoch ist es wichtig, dass sie eine gemeinsame Strategie entwickeln und dass sie die Forderung nach einem solidarischen Finanz- und Handelssystem, das sich deutlich von der Ideologie des radikalen Freihandelsdiktats abgrenzt, gemeinsam in die Diskussion und die Entscheidungsfindung auf der Weltkonferenz im kommenden Jahr einbringen.

„Wir können die Männer nicht alleine kämpfen lassen.“

Silvia Lazarte, Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung Boliviens, über den Kampf um eine neue Verfassung und für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am politischen Leben ihres Landes

Der Lebensweg und der politische Werdegang von Silvia Lazarte stehen beispielhaft für den sozialen und demokratischen Aufbruch in Bolivien. Als Frau und Indigene steht sie an der Spitze des bolivianischen Verfassungsprozesses und kämpft gemeinsam mit dem linken Präsidenten Evo Morales für einen neuen Weg in Bolivien. Dass Frau Lazarte, eine Indigene, die keine Universitäts- und kaum eine Schulbildung genießen durfte, nun die Verfassungsgebende Versammlung leitet, hat die alte Elite des Landes als Provokation aufgefasst und versucht, mit rassistischen Angriffen gegen ihre Person zu beantworten. Doch ihre lange Gewerkschaftsarbeit, als Anführerin der Koka-Bauern ihrer Region, hat ihr ausreichend politische Erfahrung mitgegeben, um diese Auseinandersetzung zu bestehen. Dabei sinnt sie, die noch heute an den Folterverletzungen leidet, die ihr unter früheren Regierungen zugefügt wurden, nicht auf Rache, sondern auf einen friedlichen Weg hinzu einem grundlegenden und dauerhaften Wandel.



Heike Hänsel, Celia Pacheco, Silvia Lazarte

Am 4. und 5. November 08 besuchte Silvia Lazarte auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE Berlin. Sie wurde von der bolivianischen Parlamentsabgeordneten Celia Pacheco begleitet. Gemeinsam absolvierten sie zahlreiche politische Termine in der Hauptstadt, unter anderem ein Gespräch mit der Vize-Präsidentin des Bundestags, Petra Pau (DIE LINKE), und ein Treffen mit Mitgliedern des Ausschusses für

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Auf Konferenzen in Berlin und Mannheim und bei einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion DIE LINKE beeindruckte Frau Lazarte ihre ZuhörerInnen mit ihrer eindringlichen Schilderung der aktuellen Entwicklungen in Bolivien in der Vorbereitung auf das Verfassungsreferendum, die sie mit sehr persönlichen Einsichten in ihren politischen Werdegang verknüpfte.

Über die Mobilisierung für den Verfassungsprozess und über ihren persönlichen politischen Weg sprach Silvia Lazarte mit der Abgeordneten Heike Hänsel, der Initiatorin des Besuchs:

Hänsel: Mitte Oktober haben Zehntausende mit einem Marsch nach La Paz und mit einer Kundgebung vor dem Kongress für das Verfassungsreferendum demonstriert – erfolgreich! Die oppositionellen Abgeordneten haben sich schließlich dem Druck gebeugt. Warum mobilisiert der Verfassungsprozess so viele Menschen? Was versprechen sie sich von der neuen Verfassung?

Lazarte: Zunächst möchte ich mich bei Ihnen für dieses Zusammentreffen und für Ihr Interesse an den Entwicklungen in unserem Land bedanken – auch im Namen unseres Botschafters in Deutschland, Walter Magne Veliz, und der Abgeordneten Celia Pacheco. In Bolivien gibt es starke Frauenorganisationen. Wir sehen uns nicht als Feministinnen, sondern wir koordinieren uns mit unseren männlichen Kollegen. In den gesellschaftlichen Organisationen sind Männer und Frauen gleichermaßen vertreten.

Die „Koordinationsstelle der sozialen Bewegungen“ hat die Mobilisierung für den Verfassungsprozess koordiniert. Die Verfassungsgebende Versammlung hatte ihre Arbeit im Dezember 2007 erledigt und den Verfassungsentwurf der Bevölkerung übergeben. Das Gesetz, das die Bevölkerung zur Teilnahme am Referendum über den Verfassungsentwurf aufrufen sollte, konnte im Kongress jedoch bis vor kurzem nicht verabschiedet werden. Das war der Anlass für den Marsch des Volkes, der die Forderung unterstützen sollte, dass das Gesetz zur Abhaltung des Referendums endlich verabschiedet wird. Es war ein Marsch, der Partizipation und Bewusstsein zum Ausdruck brachte.

Die bislang gültige Verfassung berücksichtigt weder die Interessen der Frauen, noch die der Bauern und Indigenen. Der neue Verfassungsentwurf hingegen anerkennt nicht nur die Rechte der indigenen Bauern, sondern spricht auch der Natur Achtung und Schutz aus. Das gilt insbesondere für das Wasser, das als Naturressource der ganzen Bevölkerung zur Verfügung stehen muss. Wasser darf nicht kapitalistisch ausgebeutet oder privatisiert werden.

Aber der Verfassungsentwurf achtet durchaus das Privateigentum; so muss, entgegen der rechten Propaganda, niemand, der zwei Häuser oder Wohnungen besitzt, Angst vor Enteignung haben. Auch die Ausbildung in privaten Bildungseinrichtungen soll weiterhin möglich bleiben. Die Religionsfreiheit wird geachtet.

Im Verfassungsentwurf werden die Rechte aller Bevölkerungsgruppen geachtet: die der Gewerkschaften, der Lehrerinnen und Lehrer, der Jugend, der Bauern. Der Entwurf legt den Anspruch auf eine ehrenvolle Rente ab dem Lebensalter von 60 Jahren fest. Und der Entwurf schreibt die Rechte von Frauen auf allen Ebenen fest. Ziel ist die Gleichberechtigung und die aktive Beteiligung der Frauen am politischen Leben. Bislang galt, dass mindestens 30 Prozent der Parlamentsmandate von Frauen eingenommen werden sollen. Diese ohnehin niedrige Quote wurde meist verfehlt. Im neuen Verfassungsentwurf legen wir die Quote auf 50 Prozent fest. Das heißt: Künftig müssen in allen Parlamenten verbindlich 50 Prozent von Frauen eingenommen werden.

Hänsel: Das wird die begeisterte Zustimmung der weiblichen Abgeordneten unserer Fraktion hervorrufen.

Lazarte: Wir Frauen können die Männer nicht auf sich alleine gestellt lassen. Wir können die Männer nicht alleine kämpfen lassen. Wir Frauen wollen gemeinsam mit ihnen

kämpfen. Es ist ein Kampf der gesamten Familie. Es ist auch der Kampf unserer jüngeren Brüder und Schwestern. Denn die Jugend ist unsere Hoffnung. Sie sind die Zukunft für Lateinamerika. Deshalb soll künftig ein erworbener Ausbildungsgrad kostenlos und sofort nach Abschluss des entsprechenden Kurses anerkannt werden – ohne teure Bürokratie.

Die Forderung an den Kongress, das Referendum einzuberufen, zeigt, dass sich die sozialen Gruppen politisiert haben, und stärkt die Einheit aller Organisationen. Schließlich konnte erreicht werden, dass das Gesetz verabschiedet wurde, wonach das Referendum über den Verfassungsentwurf nun am 25. Januar 2009 stattfinden soll. Um dies zu erreichen, waren Kompromisse nötig, damit sich die vier Parteien einigen und das Gesetz gemeinsam verabschiedet werden konnte. Damit konnten die Probleme beiseite gelegt werden. Die Opposition hat schließlich anerkannt, dass wir es mit einem gemeinsamen Entwurf der Verfassungsgebenden Versammlung zu tun haben.

Das Gesetz legt nun fest, dass bei Zustimmung zum Verfassungsentwurf und bei Inkrafttreten der neuen Verfassung im Dezember 2009 Neuwahlen stattfinden müssen, in denen der Präsident, der Senat und die Abgeordneten gewählt werden.

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind über dieses Ergebnis erfreut und bereit, sich aktiv an der Durchführung des Referendums zu beteiligen. Sie haben bislang viel Geduld bewiesen, um den Bedrohungen standzuhalten, denen der Präsident und wir alle ausgesetzt waren. Wir wollen diese Gewalt nicht, sondern wir wollen ein geregeltes Leben führen und friedlich unserer Arbeit nachgehen. Der Präsident ist sehr zufrieden, dass die Einigung zwischen allen gesellschaftlichen Sektoren möglich war. Jetzt haben wir harte Arbeit zu erledigen.

Der Verfassungsgebenden Versammlung kommt die Aufgabe zu, bis zum Referendum den Verfassungsentwurf den Menschen in allen Winkeln des Landes nahezubringen.

Hänsel: Wie soll das erfolgen?

Lazarte: Wir werden Versammlungen mit den Mitgliedern und Repräsentanten aller gesellschaftlichen Organisationen einberufen. Alle gesellschaftlichen Bereiche in Stadt und Land teilen mit uns die Verantwortung für die Bekanntmachung des Verfassungsentwurfs. Ich bin mir absolut sicher, dass das Referendum gut ausgehen wird.

Pacheco: Wir werden die neue Verfassung vergesellschaften und Artikel für Artikel bekannt machen.

Hänsel: Darf ich Ihnen eine mehr private Frage stellen?

Lazarte: Aber sicher. Wir wollen doch das Privateigentum sozialisieren.

Hänsel: Sie stehen auch als Person – als Frau und Indigene, die dieses hohe Amt übertragen bekam – für den sozialen und demokratischen Aufbruch in Bolivien. Wie kam es dazu, dass sie Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung wurden? Können Sie etwas über Ihren politischen Werdegang sagen?

Lazarte: In der Provinz Chapara im Norden des Departements Cochabamba war ich Funktionärin der Gewerkschaftsbewegung. Als mein Vater aus gesundheitlichen Gründen nach Cochabamba ging, habe ich als seine älteste Tochter seine Funktion in der

Gewerkschaft übernommen. Wir haben uns Gedanken über die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region gemacht. Wir wollten die Verhältnisse verändern. Unter den Präsidenten Sanchez de Lozado und Banzer waren wir Bedrohungen und Verfolgung ausgesetzt. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen Drogenhandel wurden Aktionen gegen die Koka-Bauern und gegen die Landbevölkerung unternommen. Viele wurden gefoltert. Auch Evo Morales wurde verfolgt. 2002 wurde ihm als Abgeordnetem die Immunität entzogen, er wurde aus dem Parlament ausgeschlossen und ins Gefängnis geworfen. Wir haben damals lange nachgedacht und sind zu dem Entschluss gekommen, dass wir uns politisch organisieren müssen. Damit hat unsere Bewegung eine solide Basis für ihren Kampf erhalten.

In den Verfassungsprozess sollten nicht nur Berufspolitiker, sondern alle Bereiche der Bevölkerung einbezogen werden. Zum ersten Mal in der bolivianischen Geschichte waren Frauen an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beteiligt. Den Kampf um unsere Beteiligung haben Frauen schon früher geführt, aber nun war das Ziel erreicht. Deshalb hatte es eine gewisse Logik, dass ich als Frau und Indigene, die keine Berufspolitikerin ist, die Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung wurde. Ich hatte dafür die volle Unterstützung unserer männlichen Genossen. Dieser gemeinsame Kampf musste schließlich durch die Mehrheit der Abgeordneten anerkannt werden.

Ich bin dankbar für die Unterstützung der Genossen. Wir haben in den Beratungen der Verfassungsgebenden Versammlung eine erfolgreiche Arbeit absolviert bis hin zur Einbringung des Verfassungsentwurfs. Es gab viele Widrigkeiten, aber schließlich waren wir erfolgreich. Mein Dank geht an alle sozialen Organisationen für ihre Unterstützung. Sie standen fest an meiner Seite. Dank dieser Unterstützung ist es gelungen, das Bewusstsein in der Bevölkerung weiterzuentwickeln.

Hänsel: Frau Lazarte, Frau Pacheco, vielen Dank für das Gespräch.

Schriftliche Frage + Antwort, 28.11.2008

Assoziierungsverhandlungen EU-Andengemeinschaft

Antwort der Bundesregierung auf Schriftliche Fragen von Heike Hänsel

Sehr geehrte Frau Kollegin, Ihre Frage:

Unterstützt die Bundesregierung die von der EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner am 11. November 2008 in Brüssel verkündete Absicht der EU-Kommission, statt mit der gesamten Andengemeinschaft vorläufig nur noch mit einzelnen Mitgliedstaaten (Kolumbien, Peru) der Andengemeinschaft Verhandlungen über Handelsabkommen zu führen, und wie begründet sie gegebenenfalls ihre Unterstützung für die gesonderten Verhandlungen?

beantwortet ich wie folgt:

Die Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft haben bei den Assoziierungsverhandlungen ein Scheitern ihrer Bemühungen um ein gemeinsames Verhandlungsangebot im Handelsbereich konstatiert. Die EU-Kommission ist daher aufgerufen, Vorschläge für die Fortsetzung der Verhandlungen zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen.

Dabei unterstützt die Bundesregierung grundsätzlich die Überlegungen der EU-Kommission, im Bereich Handel allen Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft, die dies wollen, bilaterale Verhandlungen anzubieten. Dieser Ansatz schließt keinen Mitgliedstaat aus und erlaubt es keinem Mitgliedstaat weitere Verhandlungen zu blockieren.

Ihre Frage:

Wie verträgt sich nach Ansicht der Bundesregierung die Absicht der EU, gesonderte Verhandlungen mit einzelnen Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft zu führen, mit dem Auftrag aus dem Abkommen vom 15. Dezember 2003 über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Andengemeinschaft, die regionale Integration innerhalb der Andengemeinschaft zu vertiefen?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat bei den Assoziierungsverhandlungen einem regionalen Verhandlungsansatz stets den Vorzug gegeben. Sie bedauert, dass es der Andengemeinschaft nicht gelungen ist, sich im Handelsbereich auf eine gemeinsame Verhandlungslinie zu einigen, was regionale Verhandlungen in diesem Bereich formal unmöglich macht. Sie wird sich in den weiteren Verhandlungen aber weiter dafür einsetzen, dass der regionale Ansatz inhaltlich erhalten bleibt. Darüber hinaus unterstützt sie die Überlegungen der EU-Kommission, bei den Pfeilern Kooperation und Politischer Dialog am Block zu Block Ansatz festzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen, Gernot Eler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Schriftliche Frage + Antwort, 27.11.2008

Menschenrechtssituation in Kolumbien

Antwort der Bundesregierung auf Schriftliche Fragen von Heike Hänsel

Sehr geehrte Frau Kollegin, Ihre Fragen:

In welcher Weise hat sich die überwiegend wohlwollende Einschätzung der politischen Entwicklung in Kolumbien in der Regierungszeit des Präsidenten Alvaro Uribe Vélez, wie sie die Bundesregierung anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlerin in Kolumbien im Mai 2008 getroffen hatte, verändert vor dem Hintergrund der Enthüllungen über die „Falsos Positivos“ (extralegale Hinrichtungen von Zivilisten durch Armeeangehörige während der Amtszeit von Alvaro Uribe Vélez und ihre Deklaration als getötete Guerilla-Kämpfer) und der aktuellen Drohungen gegen Mitglieder oppositioneller Parteien, von Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Studierendenverbänden sowie vor dem Hintergrund offensichtlich politisch motivierter Ermittlungen gegen kritische Studierende, Lehrende, und Kunstschaffende?

und

In welcher Weise wird die Bundesregierung auf diese Entwicklungen reagieren?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung konstatiert seit Antritt der Regierung von Staatspräsident Alvaro Uribe Vélez eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände für die Bevölkerung, auch wenn es im Menschenrechtsbereich weiterhin erhebliche Mängel gibt.

Die Bundesregierung verfolgt die extralegalen Hinrichtungen in Kolumbien mit äußerster Sorge. Sie ist der Auffassung, dass die kolumbianische Regierung die Probleme sehr ernst nimmt und den deutlichen politischen Willen hat, extralegale Hinrichtungen durch Angehörige der Streitkräfte zu verhindern. Dies zeigen die Entlassung von 27 hochrangigen Militärs, darunter drei Generälen, im November 2008, denen die politische Verantwortung für extralegale Hinrichtungen zugeschrieben wird, und der Rücktritt des Oberkommandierenden der kolumbianischen Landstreitkräfte, General Mario Montoya.

Die Bundesregierung sieht die Drohungen, die von den illegalen Gewaltgruppen ausgehen und sich vor allem gegen Menschenrechtsverteidiger und Gewerkschafter richten, mit großer Sorge. Sie hat daher zusammen mit ihren EU-Partnern die kolumbianische Regierung aufgerufen, diesen Gruppen einen verstärkten Schutz zukommen zu lassen und bestehende Programme, die auch bedrohten Oppositionspolitikern zugute kommen, auch über die bereits erfolgten wesentlichen personellen und finanziellen Erweiterungen hinweg, weiter auszubauen. Sie hat außerdem die kolumbianische Regierung aufgefordert, im Umgang mit Menschenrechtsverteidigern auf einen gemäßigten, sachlichen Ton zu achten und den Dialog zu suchen.

Die Bundesregierung wird diese Punkte weiterhin aufmerksam beobachten und im Rahmen des Menschenrechtsüberprüfungsverfahrens vor dem Menschenrechtsrat in Genf (Universal Periodic Review) im Dezember 2008 einbringen.

Mit freundlichen Grüßen, Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Der Krieg in Ostkongo und Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung

Einführungsvortrag zum Fachgespräch Kongo am 27. 11. 2008 von Hüseyin Aydin

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich heiÙe Sie zu unserer Veranstaltung herzlich willkommen und freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind, um über die aktuelle Lage in der DR Kongo und über Chancen der politischen und zivilen Konfliktbearbeitung zu diskutieren.

Wir treffen uns heute, um vor dem Hintergrund der jüngsten Gewalteskalation, der humanitären Katastrophe und der vor einer Woche beschlossenen Aufstockung der UNO-Mission im Kongo (MONUC) über politische Maßnahmen und zivile Alternativen der Konfliktbearbeitung zu diskutieren. Diese Diskussion ist nötig, denn das bisherige internationale Krisenmanagement ist gescheitert. Dies haben nicht nur die vergangenen Wochen, sondern die Entwicklungen der letzten Jahre gezeigt.

Es ist daher dringend nötig, über Voraussetzungen und Möglichkeiten zu debattieren, einen nachhaltigen Friedensprozess für den Osten des Kongos und die Region zu initiieren. Dort müssen

1) die politischen und sozio-ökonomischen Ursachen der Gewalt zur Sprache kommen und konstruktiv bearbeitet werden. Und hier spreche ich nicht nur von Laurent Nkunda und der Regierung. In diesem Prozess müssen auch die anderen Konfliktdimensionen und – Akteure einbezogen werden: die ruandischen Hutu-Milizen der FDLR, die kongolesischen Maï Maï und externe Gruppen, deren Gewalt seit Jahren erhebliche Opfer fordert und den Osten Kongos destabilisiert.

2) Ein nachhaltiger Frieden erfordert darüber hinaus, dass die Hauptbetroffenen der Gewalt sich einbringen, und dass ihre Interessen berücksichtigt werden: Das ist die Bevölkerung des Kongos, und das sind zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich unter schweren Bedingungen, oft unter Lebensgefahr, für Frieden und einen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Neuanfang einsetzen.

Bisher beschränkten sich Verhandlungen und internationale Vermittlungsbemühungen aber weitgehend auf die Eliten der bewaffneten Gruppen: Die Kriegsparteien gaben bereits in den Verhandlungen zum Pretoria-Abkommen vom Dezember 2002, im Transitionsprozess 2003-2006 und in zahlreichen lokalen Prozessen wie zuletzt in Goma den Ton an. Zivilgesellschaftliche Gruppen und auch VertreterInnen der lokalen und des nationalen Parlaments hingegen wurden entweder kooptiert oder marginalisiert und ihre Bedürfnisse blieben unberücksichtigt.

Die derzeit in Europa und Deutschland geführten Debatten beschränken sich oft auf das Abwägen militärischer Optionen der Krisenintervention: auf die Kontroversen zum Einsatz europäischer Kampftruppen, über die Aufstockung der MONUC, über Mandatsfragen etc. Demgegenüber fallen politische Instrumente der Konfliktbearbeitung einmal mehr unter den Tisch. Dies gilt besonders für die Fragen, wie die kongolesische Zivilgesellschaft in einen Friedensprozess einbezogen werden kann, wie Friedensaktivitäten vor Ort wirksam unterstützt werden können. Und wie mit konkreten Schritten Versöhnungsprozesse eingeleitet und die komplexen sozioökonomischen Konfliktursachen bearbeitet werden können.

Ich freue mich daher besonders, meine Mitreferenten Emanuel Matondo und Floribert Chebeya Bahizire hier begrüßen zu können. Sie befassen sich als Kenner und als Aktivisten mit genau diesen Fragen und kämpfen unter schweren Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden „von unten“.

Zur aktuellen Situation

Lassen Sie mich bitte kurz auf die aktuelle Lage und insbesondere die Frage nach einem größeren militärischen Engagement der UNO eingehen. Mit den Kämpfen zwischen Regierungsarmee und den Rebellen des „Nationalen Rates zur Rettung des Volkes“ (CNDP) um Laurent Nkunda, die Anfang September aufflammten und sich im Oktober massiv ausweiteten, ist der Krieg im Osten Kongos wieder ein Thema auf der internationalen Agenda. Die Kampfhandlungen verdeutlichten, dass der im Januar begonnene Waffenstillstandsprozess – der Goma- oder Amani-Prozess – zum Stillstand gekommen ist, und dass weder die Regierung noch Nkunda Interesse an der Umsetzung der militärischen Vereinbarungen hatten.

Nkundas rund 4.000 – 7.000 Rebellen eroberten im Oktober mehrere Städte und Militärstützpunkte in Nord Kivu. Trotz logistischer und zuletzt direkter militärischer Unterstützung durch die MONUC gelang es der FARDC nicht, den Rebellenvormarsch auf die Provinzhauptstadt Goma aufzuhalten. Am 29. Oktober kapitulierten die örtlichen Armee-Einheiten und flüchtende Regierungssoldaten plünderten die Stadt, so dass MONUC nur mit Mühe die Kontrolle wiederherstellen konnte.

Insgesamt verschärfte sich die ohnehin äußerst prekäre humanitäre Situation in der Region in dramatischer Weise. Zu den bereits 800.000 – 1 Mio. Binnenvertriebenen in der Provinz kamen rund 200.000 neue Flüchtlinge hinzu. Gewalt gegen Zivilisten ging und geht dabei von allen Konfliktparteien aus: Plünderungen, Vertreibungen, sexuelle Gewalt und Zwangsrekrutierungen begleiteten die Kämpfe.

Diese Entwicklungen führten vor Augen, dass MONUC nicht in der Lage war, die Bevölkerung außerhalb der Städte vor der Gewalt zu schützen, geschweige denn, die Gefechte zu verhindern. Durch die MONUCs Parteinahme auf der Seite der Armee und der Regierung, die weder willens noch fähig ist, für Sicherheit und Frieden zu sorgen, steht die gesamte „Stabilisierungsstrategie“ der internationalen Gemeinschaft vor einem Scherbenhaufen. Sie muss einer grundlegenden Revision unterzogen werden.

Tatsächlich ist der Krieg im Osten in diesem Herbst nicht neu ausgebrochen – er hatte in den letzten 6 Jahren seit dem Pretoria Abkommen nie aufgehört. Und neben Nkundas CNDP und der Regierungsarmee, die von Experten bereits in der Vergangenheit als eine der größten Bedrohungen für die Zivilbevölkerung bezeichnet wurde, operieren allein in den Kivu Provinzen zahlreiche kongolesische Mai Mai Milizen und die Milizen der ruandischen FDLR, die für ihre besonders brutalen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und für systematische und grausame Vergewaltigungen berüchtigt sind. Mai Mai und FDLR kooperieren zum Teil verdeckt, zum Teil völlig offen mit lokalen Einheiten der Regierungsarmee. Im Norden Nord Kivus operieren darüber hinaus mehrere ugandische Rebellengruppen.

So dreht sich die Gewaltspirale bis heute weiter. Das Leid trägt die Zivilbevölkerung.

Internationale und kongolesische Reaktionen

Der Verhandlungsweg bleibt festgefahren. Nkunda bot der Regierung mehrfach

Verhandlungen mit Präsident Joseph Kabila an, doch dieser lehnte wiederholt ab. Zugleich trug auch Nkunda mit seinen Umsturz-Aufrufen zur Verhärtung der Fronten bei. Zwar nahmen die Staatschefs Ruandas, Paul Kagame, und Kabila an einem Krisengipfel der UNO und der Afrikanischen Union (AU) teil, der am ersten Novemberwochenende in Nairobi stattfand. Eine Annäherung kam nicht zu Stande. Der eingesetzte UNO-Chefvermittler, Nigerias Ex-Präsident Olusegun Obasanjo, verhandelte seither zwar mit Nkunda, konnte aber Kabila nicht zu Gesprächen überreden.

Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass sich Kabila damit auch über eine Resolution der kongolesischen Nationalversammlung hinwegsetzt, die Ende Oktober einstimmig – das heißt: auch mit den Stimmen aus Kabilas Partei - zu Verhandlungen mit Nkunda aufrief und politische Schritte zur Lösung der Krise einforderte.

Zahlreiche Regierungen, Hilfsorganisationen und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sowie MONUC-Chef Alan Doss forderten eine militärische Verstärkung der derzeit 17.000 Soldaten umfassenden MONUC. Der Sicherheitsrat kam dieser Forderung am 20. November nach und genehmigte die Verstärkung der Mission um 3.000 Einsatzkräfte. Die Entsendung einer EU-Truppe, die der französische Außenminister Bernard Kouchner am 29. Oktober forderte, lehnten die EU-Regierungen, auch die Bundesregierung ab. Die EU legte sich stattdessen – vorerst – auf diplomatische Initiativen fest.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 18. November forderten 44 kongolesische NGOs aus Nord Kivu den Sicherheitsrat der UNO und die internationale Gemeinschaft „zum Handeln“ auf. Neben einer Aufstockung der UNO forderten sie auch eine EU-Truppe nach dem Vorbild der Mission Artemis, die 2003 in Ituri intervenierte. Auch der „Verein der Kongolesen in Deutschland“ forderte neben politischen Maßnahmen den Einsatz europäischer Soldaten. In Anbetracht der Situation im Osten Kongos, der Gewalt der Kriegsparteien sowie der humanitären Katastrophe sind diese Aufrufe nachvollziehbar.

Wir von DER LINKEN sprechen uns dennoch gegen eine stärkere militärische Rolle der MONUC und besonders gegen die Entsendung einer EU-Interventionstruppe aus. Wir tun dies nicht, weil wir das Bedürfnis nach Sicherheit der kongolesischen Bevölkerung geringschätzen. Wir befürchten allerdings,

- dass mehr Soldaten zur weiteren Destabilisierung der Lage beitragen. Eine Aufstockung um 3.000 Soldaten versetzt MONUC nicht in die Lage, im unwegsamen Nord Kivu ZivilistInnen wirksam schützen zu können. Dies liegt auch daran, dass sie durch ihre Parteinahme auf Seite der kongolesischen Regierung bereits zur Kriegspartei geworden ist. Dies hat ihre Glaubwürdigkeit als Vermittlerin zwischen den Seiten schwer beschädigt.
- Wir befürchten zudem, dass eine fortgesetzte oder verschärfte Beteiligung MONUCs an Kampfhandlungen ihre weiteren Aufgaben – den Schutz der ZivilistInnen und die Sicherung der humanitären Hilfsleistungen – erheblich erschweren und gefährden wird. Nicht mehr Sicherheit, sondern Unsicherheit wäre das Resultat.
- Und wir befürchten, dass durch die Ausweitung des Militäreinsatzes die politischen Instrumente der Konfliktbearbeitung noch weiter in den Hintergrund rücken. Diese Einschätzung wird von zahlreichen ExpertInnen und auch von MONUC- und UNO-Angehörigen geteilt. Zurzeit belaufen sich die jährlichen Kosten für MONUC auf fast 1 Mrd. US-Dollar. Für alternative und langfristig ausgerichtete Instrumente der Konfliktbearbeitung fehlt hingegen das Geld – und oft der politische Wille. Die internationale Tatenlosigkeit z.B. beim Raubbau kongolesischer Ressourcen durch Akteure der örtlichen Kriegsökonomie im Osten und durch internationale Firmen in den

übrigen Landesteilen, die ihre Lizenzen unter dubiosen, oft genug kriminellen Umständen erhielten, spricht hier Bände. Ungeachtet zahlreicher NGO-Berichte und den Ergebnissen von zwei Untersuchungskommissionen des kongolesischen Parlaments (2005 und 2007), wird dieses Thema von den OECD-Staaten fast totgeschwiegen – um eigene wirtschaftliche Interessen nicht zu gefährden.

Anstatt also ursachenorientierte politische Maßnahmen zu ergreifen, „leistet“ sich die Staatengemeinschaft eine „Friedensmission“, die den Konflikt nur verwalten und die größten Gewaltexzesse verhindern kann. Doch bereits bevor der Krieg zwischen Nkunda und Regierungsarmee erneut aufflammte, starben täglich noch fast 1.000 Menschen an den direkten und indirekten Folgen von Krieg und Gewalt.

Handlungsmöglichkeiten und Schlussfolgerungen für DIE LINKE:

Die politischen und sozioökonomischen Konfliktursachen nicht militärisch beseitigt werden. Statt eines militärischen Engagements der UNO (geschweige denn der EU) müssen diplomatische und politische Initiativen verstärkt, und zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung effektiver ausgeschöpft werden.

- MONUC muss sich auf folgende Kernaufgaben konzentrieren: die Gewährleistung der Sicherheit für humanitäre Hilfe in Goma und Umgebung, Kontaktaufnahme und Verhandlungen mit lokalen Militär- und Milizenführern, die Leistung „guter Dienste“ und Unterstützung der Vermittlungsbemühungen vor Ort. Erst nach einer politischen Einigung der Konfliktparteien sollte MONUC darüber hinaus gehende Aufgaben (z.B. die Organisation, Überwachung und Durchsetzung von Demobilisierungsprozessen) wahrnehmen.
- Das unmittelbare Ziel der „internationalen Gemeinschaft“, d.h. v.a. der UNO und der AU muss sein, die Konfliktparteien – auch unter politischem Druck – zu einem verbindlichen Waffenstillstand zu drängen. Zudem müssen die Parteien in einen Vermittlungsprozess eingebunden werden, der auch die Anrainerstaaten Uganda und Ruanda einbezieht. EU und dritte Staaten (u.a. China) müssen eine klare, unterstützende Rolle im Vermittlungsprozess spielen.
- Ruanda ist aufgefordert, seinen Einfluss auf Nkunda bzw. auf den CNDP zu nutzen, um die Rebellen auf den Friedensprozess zu verpflichten. Zudem muss Ruanda stärker zur Verantwortung gezogen werden, die Herkunft der aus dem Kongo importierten Ressourcen zu prüfen. Dies gilt auch für Uganda. Hier ist ggf. die Verhängung von Sanktionen zu erwägen.
- Mittelfristig muss der Friedensprozess von Goma wiederbelebt werden und die politischen und sozioökonomischen Konfliktursachen systematisch angesprochen und bearbeitet werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen und örtliche PolitikerInnen, FunktionärInnen der staatlichen Institutionen sowie lokale (traditionelle) Autoritäten müssen stärker in den Prozess eingebunden werden, als bisher.
- Langfristig muss ein umfassender Friedensprozess für die gesamte Kivu-Region sowie die Grenzgebiete der Anrainerstaaten, insbesondere Uganda, eingeleitet werden, der die Sicherheitsprobleme aber auch die politischen und sozioökonomischen Konfliktursachen anspricht. Denn der Frieden im Osten Kongos durch eine Vielzahl bewaffneter Gruppen (und Konfliktkonstellationen) bedroht.
- Für einen tragfähigen Frieden ist die Frage nach der Ressourcenkontrolle und ihrer gerechten Verteilung entscheidend. Die Kriegsökonomie muss überwunden werden, an der bis heute auch europäische Firmen als Abnehmer der Rohstoffe beteiligt sind. Um die Kriegsökonomie auszutrocknen und ihre internationalen Handelsnetze zu kappen, gibt es politische und wirtschaftliche Kontrollmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten. Diese müssen endlich umgesetzt werden.

Wir sprechen uns ausdrücklich für ein größeres internationales Engagement aus, um die Gewalt zu stoppen, die Konfliktursachen zu bearbeiten und die kongolesische Bevölkerung auf dem schweren Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie zu unterstützen. Vor allem darin, örtliche zivile und politisch legitimierte Akteure in ihrem politischen Kampf zu unterstützen liegt die Verantwortung der „internationalen Gemeinschaft“. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Auf der Veranstaltung referierten Floribert Chebeya Bahizire, Aktivist der kongolesischen Menschenrechtsorganisation »La Voix des Sans Voix« (Stimme der Stimmlosen, links), und Emanuel Matondo, antimilitaristischer Menschenrechtler und Experte zu bewaffneten Konflikten und zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen in Ost- und Zentralafrika.

Presseerklärung, 20.11.2008

Politische Initiativen müssen verstärkt werden, um ein Ende der Gewalt im Kongo zu erreichen

Heute berät der Sicherheitsrat der UNO in einer Sondersitzung zur Lage im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) über einen Resolutionsentwurf, den Frankreich Anfang der Woche eingebracht hat. Der Entwurf sieht die Aufstockung der dortigen UNO-Mission MONUC um rund 3.000 Blauhelme und Polizeikräfte vor. Hüseyin Aydın, Obmann für DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, betont, dass die politischen Bemühungen deutlich verstärkt werden müssen, um die Gewalt zu beenden:

„Die humanitäre Lage im Ostkongo hat sich in den letzten Wochen erneut dramatisch verschlechtert. Der französische Resolutionsentwurf begründet die MONUC-Aufstockung um rund 2.800 Blauhelme und 300 Polizeikräfte denn auch mit Verweis auf die anhaltende Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Ob mit der Truppenverstärkung in der schwer zugänglichen Region Nord-Kivu von der Größe Bayerns flächendeckend Sicherheit für die Bevölkerung und mehr Stabilität erreicht werden kann, bleibt jedoch fraglich.“

Notwendig ist daher vor allem ein entschlossenes politisches Handeln der internationalen Gemeinschaft, um die Kriegsparteien zum Abschluss eines verbindlichen Waffenstillstands zu bringen. Kurzfristig bedeutet das, politischen Druck auf die kongolesische Regierung auszuüben. Präsident Kabila darf sich nicht länger weigern, direkt mit Rebellenführer Laurent Nkunda zu verhandeln, der sich wiederholt verhandlungsbereit gezeigt hat. Mit dieser Haltung verschleppt Kabila eine politische Lösung des Konflikts und schwächt zudem die Position Olusegun Obasanjos, der für die UNO und die Afrikanische Union (AU) im Konflikt vermittelt. Zugleich müssen Nkundas Drohungen eines militärischen Machtwechsels klar zurückgewiesen werden.

Mittelfristig geht es darum, mit internationaler Unterstützung den Goma-Prozess wieder zu beleben. Zudem muss ein umfassender Friedensdialog für die gesamte Region eingeleitet werden, in den die Anrainerstaaten Uganda und Ruanda einbezogen sind. Dabei sollte die AU die zentrale Vermittlerrolle übernehmen. Die EU kann und muss ihre Verantwortung durch die Übernahme „guter Dienste“ und anderer Unterstützungsleistungen wahrnehmen, insbesondere durch wirksame politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Austrocknung der örtlichen Kriegsökonomie.“

Presseerklärung, 30.10.2008

Entsendung von EU-Truppen würde Lage im Kongo weiter destabilisieren

Nach der Eroberung zahlreicher Städte in der kongolesischen Provinz Nord Kivu durch die Rebellenarmee CNDP des „Generals“ Laurent Nkunda und dem weitgehenden Abzug der Regierungsarmee aus der Provinzhauptstadt Goma hat der französische Außenminister Bernard Kouchner die Entsendung einer 1.500 Soldaten umfassenden EU-Eingreiftruppe gefordert. Die Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Inge Höger und Hüseyin Aydin, weisen ein militärisches Eingreifen der EU auf das Schärfste zurück.

Inge Höger, Mitglied im Verteidigungsausschuss, fordert: „Die Bundesregierung muss sich deutlich gegen eine Truppenentsendung durch die EU und gegen die von Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul geforderte Aufstockung der MONUC stellen. EU-Truppen werden die Lage im Kongo nicht stabilisieren, sondern im Gegenteil eine weitere Eskalation der Kämpfe bewirken. Die internationale Vernachlässigung des Friedensprozesses im Kongo kann nicht durch Soldaten gut gemacht werden. Der mit dem Goma-Abkommen initiierte Friedensprozess muss mit diplomatischen Mitteln wiederbelebt und vorangebracht werden.“

Hüseyin Aydin, Obmann im Ausschuss Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ergänzt: „Ein Ende der Gewalt ist nur mit politischen Mitteln zu erreichen. Die UNO und die internationale Gemeinschaft müssen diplomatischen Druck auf die Kriegsparteien ausüben, um sie zurück an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Bearbeitung der sozio-ökonomischen und politischen Konfliktursachen muss endlich ins Zentrum der Vermittlung gestellt werden. Die MONUC, die durch ihre bisherige Parteinahme zu Gunsten der Regierung an Glaubwürdigkeit verloren hat, muss jetzt mit entschlossenem politischem Eintreten zur Wiederbelebung des Goma-Prozesses eine konstruktive Rolle spielen. Denn weder weitere UN-Soldaten noch EU-Truppen werden die Hintergründe des Konfliktes lösen.“

Die aktuelle Lage in Nord Kivu in der Demokratischen Republik Kongo - Briefing und Schlussfolgerungen für politisches Handeln

Zum Weiterlesen: Ein Papier von Hüseyin Aydin zum Krieg in Ostkongo und den Handlungsoptionen jenseits des militärischen Eingreifens ist auf seiner Website abrufbar. Ausgehend von einer aktuellen Analyse der Situation werden politische Forderungen aufgestellt, deren Umsetzung zur Beilegung des Konflikts im Kongo beitragen soll.

<http://www.hueseyin-aydin.de/serveDocument.php?id=219&file=f/7/6185.pdf>

Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die von Heike Hänsel und der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Studie von Jürgen Wagner (IMI Tübingen) zeigt, wie die Umdeutung von Entwicklungspolitik als Beitrag zu Stabilisierung, Nation Building und (militärischer) Sicherheit vorangetrieben wird. Immer mehr Gelder der Entwicklungszusammenarbeit werden weg von der Armutsbekämpfung hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen umgeleitet. Die Studie ist auf der Website der Linksfraktion abrufbar:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7783260956.pdf>

In der gedruckten Ausgabe kann die Studie im Büro der Abgeordneten Heike Hänsel bestellt werden: Telefon: 030 227 73179, Email: heike.haensel.ma01@bundestag.de

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de